

# Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

August 2009

Nr. 8 · 5. Jahrgang

## Wahlen

**3** Superwahljahr 2009 – Teil 8  
Bildung für Brandenburg

## Unsere Kandidaten

**6–9** Rolf Kutzmutz, Hans-Jürgen  
Scharfenberg und Anita Tack

## Forum

**10** Meinungen zu: Die DDR –  
wie wir sie sehen

## Wahlquartier LINKE eröffnet – Schauen Sie mal vorbei!



Festliche Eröffnung des Wahlquartiers mit Dagmar Enkelmann, Thomas Nord und Kerstin Kaiser (v. r. n.l.).



Erster „Gast“ war „Fritze Bollmann“ – der Potsdamer Schauspieler und Kabarettist Hans-Joachim Finke.

Auf dem Weg zum Bäcker kommst du an der LINKEN vorbei, willst du ins Kino – ebenso. Willst du nach Berlin ... ja richtig, kommst du an der LINKEN vorbei. Nein, die LINKE ist (noch) nicht überall vor Ort, aber sie hat am 10. Juli ihr Wahlquartier für den Bundestags- und Landtagswahlkampf an einen strategisch günstigen Ort gelegt – dort wo die Menschen sind und hat sich nicht vor ihnen versteckt. Im Großraum-

büro im Potsdamer Hauptbahnhof laufen alle Fäden der Landtags-, Bundestags- und Bürgermeisterwahlkampagnen zusammen. Hier kann man mit den Kampagnenmachern ins Gespräch kommen, Veranstaltungen besuchen oder sich beraten lassen. In den nächsten Wochen werden tausende Menschen täglich am Wahlquartier vorbeilaufen – und viele von ihnen werden hoffentlich die Gelegenheit nutzen, sich

über die Politik der LINKEN zu informieren.

Mit der Wahlkampfzentrale im Herzen der Landeshauptstadt, in den Bahnhofspassagen des Potsdamer Hauptbahnhofs, knüpft DIE LINKE an die guten Erfahrungen des Wahlkampfes im Jahr 2005 an. Politik – Kampagne – Kultur ist das Motto. DIE LINKE wird hier und öffentlich ihren Wahlkampf planen, organisieren und erlebbar machen. Transparenz und Erlebnischarakter sind Ziele der Wahlkampfplanung. Das Wahlquartier ist zugleich Veranstaltungsort – Kandidaten, Wahl- und Landkreise stellen sich vor.

Geplant sind weiterhin Lesungen, Filmabende, Angebote für Kinder, Podiumsgespräche, Vorträge und vieles mehr. Bei mehr als 50.000 Besuchern, die der Potsdamer Hauptbahnhof täglich hat, verspricht sich die LINKE darüber hinaus zahlreiche direkte Gespräche. Die Bürgerinnen und Bürger von Potsdam und Umgebung sind genauso eingeladen wie alle, die auf der Durchreise Zeit für Kultur haben.

**PS: Geöffnet ist von Montag bis Samstag von 9.00 bis 20.00 Uhr. Tel: 0331/55066-09 wahlquartier@dielinke-brandenburg.de**

## Geeint in den Wahlkampf

Am 12. Juli traf sich der Brandenburger Landesparteitag in den Bahnhofspassagen, um das Landtagswahlprogramm zu beschließen. Zwei Monate lang wurde der Entwurf des Programms diskutiert. Nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch mit Vertretern von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen, die große Hoffnung auf DIE LINKE und ihren Wahlerfolg setzen. Sie alle hatten Lob für das Wahlprogramm und zugleich Vorschläge zu seiner Verbesserung, die auch Aufnahme

fanden. Der Antrag, dass wir in Brandenburg für einen Politikwechsel auch Regierungsverantwortung übernehmen sollen, wurde übernommen. Es ist klar, dass sich damit Risiken für die Partei und ihre Glaubwürdigkeit verbinden. Daher ist es gut, dass sich im Wahlprogramm 15 Projekte finden, die genau beschreiben, wie wir den Politikwechsel in Brandenburg einleiten wollen. Nur eine einzige Stimmenenthaltung bei der Schlussabstimmung zeigt: DIE LINKE zieht geeint in den Wahlkampf.

## Auf ein Wort...



## Für mehr soziale Gerechtigkeit

Zum ersten Mal stellt sich die neu gegründete LINKE auf Landes- und Bundesebene dem Votum der Wählerinnen und Wähler. Dass Sie ihr Vertrauen und ihre Stimme geben, ist keine Selbstverständlichkeit. Das wissen wir. Die Wählerinnen und Wähler werden sich uns in dem Maße zuwenden, wie wir das ihnen gegenüber tun – im alltäglichen Leben, bei der Bewältigung der Krise und erst recht im Wahlkampf. Wir haben gute Gründe, selbstbewusst in die kommenden Wahlauseinandersetzungen zu gehen. DIE LINKE ist aus dem Widerstand gegen Hartz IV, aus den bundesweiten Kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit entstanden. Sie kann sich auf viele Bürgerinnen und Bürger stützen, die eine solidarische Bundesrepublik und ein solidarisches Brandenburg wollen. DIE LINKE setzt sich hohe Ziele – und steht zugleich auf dem Boden der Realität. DIE LINKE hat klare, sozial gerechte und finanzierbare Alternativen zur Politik der Großen Koalitionen, wie sie im Bundestag und im Landtag Brandenburg regieren. Für diese Alternativen wollen wir kämpfen!

Thomas Nord,  
Landesvorsitzender  
und Kandidat für den  
Bundestag

**20. SOMMERFEST**  
Eintritt frei! **DIE LINKE.**

**13 - 17 Uhr Familienfest**  
Kultur & Polittalks u.a. mit Kerstin Kaiser  
Infostände von Vereinen & Verbänden  
Kinder-/Sportbereich mit Locci der Clown

**17 Uhr BELL, Book & Candle**

**19 - 22 Uhr Red Summer**  
Potsdamer Bands im Konzert  
**Zelle 40**  
**Patenbrigade Wolff**  
und Special Guests with guitars

**Sonnabend, 22. August 2009**  
**Lustgarten, am Neptunbassin**  
www.dielinke-potsdam.de



## Rechtsvorträge im Wahlquartier DIE LINKE.

Mit einem Vortrag von Rechtsanwalt Gerd Klier aus Neuruppin über das neue Recht zur Patientenverfügung und dem

Recht der Vorsorgevollmachten startete DIE LINKE am 30.07.2009, um 16.00 Uhr, in ihrem Wahlquartier in den Bahnhofspassagen Potsdam eine Vortragsreihe.

Fast jeden Donnerstag bis zur Wahl wird DIE LINKE alltägliche Rechtsprobleme der Bürgerinnen und Bürger in einer Veran-

staltung aufgreifen und durch Rechtsanwälte allgemeinverständlich erklären. Die Veranstaltungen bestehen aus einem Vortrag und anschließender Gelegenheit zur Diskussion der allgemeinen Rechtsfragen.

Wegen der hohen Aktualität startete die Reihe mit dem die Gemüter bewegenden Thema

Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Wer braucht so was, wofür ist das gut, was muss man beachten? Müssen Ärzte eine Patientenverfügung immer beachten? Was kann ich alles in einer Vorsorgevollmacht regeln? Rechtsanwalt Gerd Klier ist Mitglied in der LINKEN und u.a. spezialisiert auf diese Fragen.

Geplant sind neben Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht weitere Vorträge, z.B. zur Prozesskosten- und Beratungshilfe, zu Rücktrittsrechten u.ä. bei Vertragsabschlüssen im Alltag, zu Betriebskostenabrechnungen, zu Kündigungsschutz und Abmahnungen im Arbeitsrecht.

Über die genauen Termine wird rechtzeitig unter [http://www.dielinke-brandenburg.de/wahlen\\_09/wahlquartier/](http://www.dielinke-brandenburg.de/wahlen_09/wahlquartier/) informiert.

Rechtsberatung im Einzelfall kann während der Vorträge leider nicht stattfinden.

## Kino immer freitags

Die linksjugend [‘solid] startete am Freitag, dem 24.07., um 19.00 Uhr, ihre Kinoabende im Wahlquartier der LINKEN in den Potsdamer Bahnhofspassagen mit dem Film „Let’s make money“.

In der Freitagsskinoreihe der linksjugend [‘solid] werden ausgewählte Spielfilme und Dokumentationen zu sehen sein, die unterhalten, aber immer auch den Anspruch haben, politisch zu sein. Im Anschluss kann über die jeweiligen Filme diskutiert werden. Steffen Lehnert, Leiter des Jugendwahlquartiers, dazu: „Filme sind ein oft unterschätztes, ungemein politisches Medium. Wir hoffen, unsere Filmauswahl interessiert und unterhält v.a. junge Menschen, denen der herkömmliche Zugang zu Politik als zu sperrig oder konservativ erschien.“

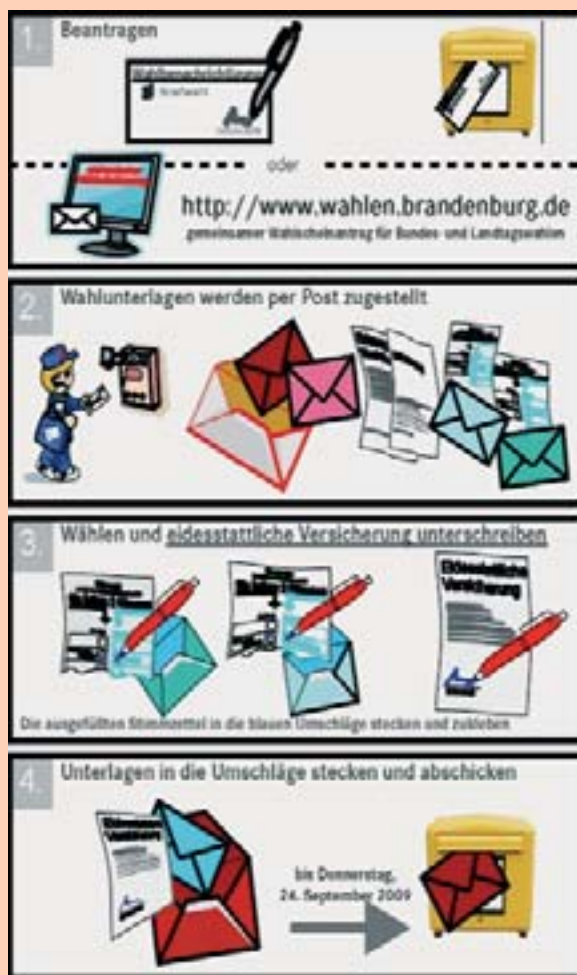
## Briefwahl – so einfach geht’s:

Den Antrag zur Briefwahl kann man jetzt schon stellen, dann kommen die Unterlagen ins Haus. Man beantragt den Wahlschein bei seiner Heimatgemeinde. Das geht persönlich beim Amt, per Brief, per Telegramm, per Fax, per E-Mail, aber nicht telefonisch. Und es geht noch leichter: z.B. mit der Wahlbenachrichtigungskarte. Oder im Internet unter [www.wahlen.brandenburg.de](http://www.wahlen.brandenburg.de). Hier finden Sie ein Formular, das am Computer ausgefüllt werden kann und dann an die zuständige Behörde weitergeleitet wird. Schon ist der Antrag auf dem Weg.

Letzter Termin für die Beantragung ist Freitag, der 25. September 2009, 18.00 Uhr. In Ausnahmefällen (wie plötzlicher Krankheit) ist die Beantragung noch bis 15.00 Uhr am Wahlsonntag möglich.

Und dann bequem auf dem Sofa wählen. Stimmzettel in blaue Umschläge stecken, zukleben. Erklärung unterschreiben. Man bestätigt damit, dass der Stimmzettel eigenhändig angekreuzt wurde. Beides zusammen in den roten Briefumschlag tun und unfrankiert in einen Post-Briefkasten stecken.

Das war’s, so einfach kann man wählen.



Am 12.06.09 hat der Bundesrat die Aufnahme der Schuldenbremse in das Grundgesetz beschlossen. Demnach dürfen die deutschen Länder von 2020 an keine neuen Schulden mehr machen. Für den Bund gilt die 0,35-Prozent-Hürde. Dabei differenziert die Regel nicht danach, ob das Geld vom Staat verschwendet oder investiert wird, und das ist ein Problem. Eine Schuldenaufnahme für zukunftsfähige und nachhaltige Projekte zu begrenzen, hat nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun: Genau wie ein Unternehmenserbe nichts

## Speer verhöhnt Verfassung

davon hat, wenn er ein schuldenfreies Unternehmen erbt, das aus Angst vor Verschuldung nicht mehr in neue Technologien und Produkte investiert hat, erweisen wir den nachfolgenden Generationen keinen großen Dienst, wenn wir nicht mehr in die öffentliche Infrastruktur investieren, die höheren Nutzen als Kosten verursacht.

Was mir aber darüber hinaus Sorgen bereitet, ist das Demo-

kratieverständnis des Brandenburgischen Finanzministers Rainer Speer (SPD). So äußerte er sich nach der Abstimmung im Bundesrat auf die Frage „Was passiert denn, wenn jemand die Verfassung bricht?“ wie folgt: „Dann wird das festgestellt, aber niemand verhaftet oder erschossen.“

Ein Skandal! Unsere Gesellschaft braucht einen starken Rechtsstaat, dessen Handeln sich konsequent an den Werten

und Normen des Grundgesetzes ausrichtet. Wie will Politik den Bürgerinnen und Bürgern die Vorteile von Demokratie und Rechtsstaat vermitteln, wenn sich ein Minister, der auf dem Boden der Verfassung stehen sollte, so über das Grundgesetz äußert?

Nun erleben wir, wie in einem Klima hysterischer Bedrohungsängste sowohl der Abbau des Rechtsstaates als auch der Ausbau des Überwachungsstaates betrieben wird. Bürgerliche Rechte, die über Jahrzehnte als unantastbar galten, werden in Frage gestellt. -sk

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; Günther Waschkuhn, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam Bernd Martin (V.i.S.d.P.); Rainer Dyk, Redakteur; H. Jo. Eggstein, Layout; Jens Hörnig, Reisen, Service; Gerlinde Krahnert, freie Mitarbeit; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat. BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

# Blühende (Bildungs-)Landschaften in Brandenburg...

Wäre das schön: Lehrer- und ErzieherInnen, die sich in kleinen Kita-Gruppen und Klassen um eine individuelle Förderung jedes Kindes kümmern können, herausfordernde und gut bezahlte Arbeitsplätze für begabte junge WissenschaftlerInnen, ein Kitaplatz für jedes Kind, kurze Schulwege auch in ländlichen Regionen. Als Bildungsland wäre Brandenburg eine „blühende Landschaft“, würde man den sich derzeit überschlagenden Wahlaussagen der Parteien glauben können.

Nicht nur DIE LINKE, sondern auch SPD und CDU wollen mehr Personal und wohnortnahe Schulen, gute Bedingungen für Hochschullehre und Forschung. So erklärte Klara Geywitz im Februar, die SPD investiere in der nächsten Wahlperiode 250 Millionen Euro zusätzlich in die Bildung, beispielsweise für die Einstellung von mehr Schul- und Kita-Personal. Gar um 1.500 Stellen will laut Juli-Parteitag die CDU die märkische Lehrerschaft aufstocken.

Da ist wohl nach Jahren gemeinsamen Regierens von SPD und CDU die Frage erlaubt: Warum haben sie seit 2004 insgesamt 4.400 Lehrerstellen abgebaut, wenn sie nun aufstocken wollen, warum 198 öffentliche Schulen geschlossen? Das wird doch wohl der bildungspolitische CDU-Sprecher Senftleben kaum gemeint haben, als er im April von der „erfolgreichen Bildungspolitik der CDU-Fraktion in Brandenburg“ sprach. Aber schließlich lehnten die Abgeordneten von CDU und SPD in arroganter Eintracht gemeinsam sämtliche Anträge der Landtagsfraktion DIE LINKE ab, zum Beispiel:



- ▶ auf den Erhalt von Gesamtschulstandorten vom 03.09.2008,
  - ▶ auf die Verbesserung der Situation von ausländischen Studierenden vom 18.03.2008,
  - ▶ gegen prekäre Beschäftigung an Brandenburgs Hochschulen vom 30.10.2007,
  - ▶ auf den Erhalt von gymnasialen Schulstandorten vom 02.10.2007,
  - ▶ auf die Förderung kommunaler Bibliotheken vom 05.06.2007,
  - ▶ auf die Festschreibung einer personellen Verstärkung des Kita-Personalschlüssels und einer besseren Finanzierung der Kitabetreuung im Jahr 2007 beschlossenen Kindertagesstättengesetz.
- Auf DIE LINKE können sich Eltern, Großeltern, Pädagogen, Lehrkräfte und natürlich die Kinder also verlassen. Doch was

nützt das, wenn ihre Anträge nicht durchkommen? Viel! Denn schließlich schaffen Anträge im Landesparlament öffentliche Aufmerksamkeit und parlamentarischen Druck. So greifen die Fraktionen von SPD und CDU zuvor von ihnen abgelehnte Anträge der Linksfraktion auf und bringen sie dann geringfügig geändert als „Entschließungsanträge“ selbst ein – wie beim Antrag auf die Sicherung wohnortnaher Schulstandorte vom 28.02.2008 oder dem Antrag auf die Ausbildung für das Lehramt für Sonderpädagogik im Land Brandenburg vom 21.02.2007. Und Verunft findet neue Verbündete: Ein breites Bündnis von Initiativen und Vereinen erreichte über die Volksinitiative „Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar!“ schließlich eine Änderung des Brandenburgischen Schul-

gesetzes. Erst vor wenigen Wochen engagierten sich Tausende Studierende im Bündnis mit Gewerkschaftern und Lehrkräften im Bildungsstreik für eine bessere Qualität der Bildung an Hochschulen und Universitäten. Zu den Initiatoren gehörte die Linksjugend solid, Abgeordnete der Landtagsfraktion unterstützten die Aktion. Auch dieses Engagement hat sich gelohnt – inzwischen beschloss der Senat der Potsdamer Uni zum Beispiel die Abschaffung der pauschalen Master-Zulassungsbeschränkungen, eine Aufforderung an die Lehrenden zum Verzicht auf Anwesenheitslisten ab dem Wintersemester und die Aufgabe für den Senat, bis zum Januar 2011 ein Modell für ein generelles Teilzeitstudium zu erarbeiten. Einsatz lohnt sich also – für die Bildung und für DIE LINKE!

-ed

Zitate vom Landesparteitag der Partei DIE LINKE am 12.07.2009:

„Es muss Schluss sein damit, dass die Armut der Eltern über die Bildungschancen der Kinder entscheidet.“  
(Kerstin Kaiser, Spitzenkandidatin von DIE LINKE im Landtagswahlkampf)

„Ein Ort, wo es keine Schule gibt, ist kein guter Ort zum Leben für junge Menschen.“  
(Günther Fuchs, GEW-Chef Brandenburg)

„Leere Köpfe nicken leichter!“  
(Plakat im Bildungsstreik)

„Hauptsache Arbeit! ist das Gegenteil von guter Arbeit!“  
(Doro Zinke, DGB Berlin-Brandenburg)

„Wir wollen endlich in Brandenburg wieder eine bürgernahe Polizei werden.“  
(Andreas Schuster, Gewerkschaft der Polizei Brandenburg)



Dagmar Enkelmann, MdB, war zum Start der Sommertour der Landesgruppe der LINKEN im Bundestag in der „Seerose“. Mit dabei: Anita Tack und Hans-Jürgen Scharfenberg sowie Rolf Kutzmutz.



Ein buntes Informations- und Unterhaltungsprogramm wird u. a. auch im Wahlquartier der LINKEN geboten. Zu den ersten Gästen gehörte Peter Sodann mit seinem Buch „Keine halben Sachen“.

## Sie hatten keine Wahl!

**9. August 1914**

Am 09. August 1914 rückte das in Potsdam stationierte 1. Garderegiment zu Fuß aus in den vom Deutschen Reich entfesselten Krieg, der vier Jahre dauern und den Untergang der deutschen Monarchie nach sich ziehen sollte. Der deutsche Kaiser und König von Preußen, Wilhelm II., hielt sich bemüßigt, eine Ansprache im Lustgarten zu halten. In der hieß es:

„Unser alter Ruhm ist ein Appell an das deutsche Volk und sein Schwert. Und das ganze deutsche Volk bis auf den letzten Mann hat das Schwert ergriffen. Und so ziehe Ich denn das Schwert, das Ich mit Gottes

Hilfe jahrzehntelang in der Scheide gelassen habe. (Bei diesen Worten zog der Kaiser sein Schwert aus der Scheide und hielt es hoch über seinen Kopf.) Das Schwert ist gezogen, das Ich, ohne siegreich zu sein, ohne Ehre nicht wieder einstecken kann, und ihr alle sollt und werdet Mir dafür sorgen, daß es in Ehre wieder eingesteckt werden wird. Dafür bürgt ihr Mir, daß ich den Frieden Meinen Feinden diktieren kann. Auf, in den Kampf mit den Gegnern, und nieder mit den Feinden Brandenburgs! Drei Hurras auf unser Heer!“ Und dann fügte er, lüstern den Säbel schwingend,

unüberhörbar hinzu: „Und jetzt wollen wir sie dreschen!“

Nein, die Soldaten des 1. Garderegiments zu Fuß hatten keine Wahl! Genauso wenig die 1.646 Potsdamer, die während des Ersten Weltkriegs an den Fronten fielen.

Der mit Kriegsbeginn durch den Kaiser neu eingesetzte Kommandeur des Regiments, Prinz Eitel Friedrich v. Preußen (ein Sohn des Kaisers), dankte so zackig wie sein Vorredner, „... für den überaus gnädigen Abschiedsgruß, den Eure Majestät uns zugerufen haben“.

Dann aber machte er seinen Untergebenen klar, dass es für

sie keine Alternative, keine andere Wahl gäbe, als ihr Leben einzusetzen für Kaiser und Reich. „Wir geloben hier auf dieser von der Tradition geheiligten Stätte [...] zu siegen oder zu sterben. Dies geloben wir, indem wir in den altpreußischen Schlachtruf einstimmen, mit dem wir heute unser Leben aufs neue bis zum letzten Blutstropfen Eurer Majestät weihen: Seine Majestät der Kaiser und König, unser geliebter Kriegsherr und Regimentschef, hurra!“

-rt

## Stadtverordnetenwahl in Potsdam und Nowawes

**17. November 1929**

Partei	Potsdam	Nowawes
DNVP	32,6 % = 15 Sitze	13,9 % = 4 Sitze
SPD	28,5 % = 13 Sitze	40,6 % = 14 Sitze
Reichspartei	11,9 % = 3 Sitze	19,5 % = 6 Sitze
KPD	3,7 % = 1 Sitz	19,1 % = 6 Sitze
Andere	23,3 % = 11 Sitze	6,9 % = 2 Sitze

NSDAP gelangt erstmals in das Potsdamer Stadtparlament; Sitzverteilung: SPD 13, DNVP 15, DVP 4, Handel und Gewerbe 6, Grundbesitz 3, NSDAP 3, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 2, KPD 1, Zentrum 1

## Sie wählte den Widerstand – Anni von Gottberg

**12. August 1934**

Als sich 1933 der Faschismus in Deutschland wie ein Geschwür ausbreitete, versuchte er mit seiner Ideologie in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einzudringen – auch in die der Kirche. Und es fanden sich Kräfte in der evangelischen Kirche, die bereitwillig diesen Kurs mitsteuerten. Der sogenannte „Glaube an Deutschland“ sollte den Glauben an den Herrn ersetzen.

Schrittweise aber fanden sich – auch in Potsdam – Kräfte, die sich zum strengen christlichen Glauben bekannten, die die Gemeinden der Bekennenden Kirche bildeten.

So auch in Potsdam. Zu den engagierten Persönlichkeiten gehörte Anni v. Gottberg (07. Mai 1885 - 09. Juli 1958). Zum 12. August 1934 lud sie in ihre Wohnung in die Augustastraße 35 (heute Weinbergstraße 35) Gleichgesinnte zu einer Vorbesprechung ein, um Stützpunkte der Bekennenden Kirche in allen Gemeindebezirken zu bilden. Dieser Tag gilt quasi als Gründungstag der Bekennenden Kirche in Potsdam. Bis zum Juni 1935 gehörten ihr in Potsdam 2.017 und in Babelsberg etwa 1.000 Mitglieder an. Eine ungeheure Zahl, wenn man bedenkt, dass die Bekennende Kir-

che eine Form des Widerstands gegen den faschistischen Machtstaat darstellte!

Warum wählten diese Männer und Frauen die Gefahren? Lassen wir Anni v. Gottberg sprechen: „Gewiß, ist's bequemer in der Sofaecke zu sitzen und sich nicht um seine Kirche zu kümmern, bloß ich kann's nicht, ich muß reden und kann jetzt den Mund nicht halten.“ Und an anderer Stelle: „Ich habe einen wahren Tanz mit dem Teufel geführt, er packte mich und wollte mich zum Aufhören meiner herrlichen Arbeit bewegen [...] Was sind mir Menschen – wenn Gott mich nur lei-

den kann.“ Für viele war diese Form des Widerstands auch mit persönlichen Opfern verbunden. Viele Mitglieder der Bekennenden Kirche hatten Repressalien, Gefängnis, Konzentrationslager, sogar den Tod vor sich. Erinnert sei an den Pfarrer Dietrich Bonhoeffer.

Anni v. Gottberg ging ihren Weg konsequent. Trotz persönlicher Schicksalsschläge und einer schweren Krankheit. 1958 verstarb sie und wurde auf dem Bornstedter Friedhof beige-

-rt

**15. September 1946**

## Mehrheit für die „Bürgerlichen“

Am 15. September 1946 sollten die ersten Kommunalwahlen nach dem Krieg in Potsdam stattfinden. Die SED begann den Wahlkampf am 01. September 1946 erfolgreich mit einem Fest der SED-Kreisleitung Groß-Potsdam auf dem Brandenburger Platz (heute Luisenplatz).

Am 06. September 1946 sprach der Präsident der Provinzialverwaltung, Dr. Carl Steinhoff, im Kino „Charlott“ zum Thema „Der

Weg zum Frieden“. „Wenn das deutsche Volk der SED seine Stimme gibt, dann ist der Frieden gesichert“, unterstrich er. Einen Tag vor den Wahlen, am 14. September 1946, trat kein Geringerer als Wilhelm Pieck, Vorsitzender der SED, in Groß-Potsdam vor 20.000 Potsdamern auf. Die „Märkische Volksstimme“ berichtete: „Als Partei der unbedingten Erhaltung der Einheit Deutschlands, in der sie eine Le-

bensnotwendigkeit für das deutsche Volk sieht, so führte Wilhelm Pieck aus, stützt sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf die historischen Potsdamer Beschlüsse, wonach die wirtschaftliche und die politische Einheit unseres Vaterlandes unter allen Umständen erhalten werden soll.“

Am 15. September 1946 war es soweit. Kandidaten für die 60 Sitze der Potsdamer Stadtver-

ordnetenversammlung standen zur Wahl. Insgesamt wurden 71.942 Stimmen abgegeben. Davon erhielt die SED 30.872, die CDU 24.037, die LDP 16.706 und der Frauenausschuss 1.473. Das ergab folgende Sitzverteilung: 25 Sitze SED, 20 Sitze CDU, 14 Sitze LDP und 1 Sitz an den Frauenausschuss (schloss sich der SED an). Damit hatten die bürgerlichen Parteien die Mehrheit er-

-rt

**Bürgerinteresse siegt über Parteitaktiererei:****DIE LINKE stellt neuen Ortsvorsteher in Eiche**

Überrascht reagierte die Öffentlichkeit – eine Schlagzeile sprach gar von einer „Revolte“ – als im Juni die Mitglieder des Ortsbeirates Eiche mit Ralf Jäkel einen Vertreter der Partei DIE LINKE als neuen Ortsvorsteher wählten, nachdem der bisherige Ortsvorsteher Andreas Klemund (SPD) sein Amt nach der Übernahme der Geschäftsführung im Luftschiffhafen niedergelegt hatte. Schließlich hat die Partei nur drei von den neun Mandaten in diesem Gremium, und anderswo in der Stadtpolitik neigt man ihr gegenüber derzeit eher zur geschlossenen Ignoranz. Umso erfreulicher, dass

hier in diesem kleinen Kreis, wo jeder jeden mit seinen Vorzügen und Schwächen persönlich kennt, das Bürgerinteresse die Oberhand über politische Taktierereien gewinnen konnte. Ralf Jäkel (für DIE LINKE) überzeugte durch seine langjährigen Erfahrungen als Stadtverordneter in der Kommunalpolitik sowie seine gewissenhafte und engagierte Arbeit auch als einfaches Mitglied des Ortsbeirates seit dem Herbst 2008.

Damit geht Eiche einen neuen Weg: Zwar hatten die Mitglieder auch bisher immer beteuert, im Interesse der Ein-

wohner unabhängig von Parteitaktierereien sachbezogen zusammenzuarbeiten. Doch bei zurück liegenden Wahlen im Ortsbeirat blieb DIE LINKE fast durchweg unberücksichtigt, obwohl 2003 und 2008 ihre Spitzenkandidaten die meisten Stimmen der Eichener erhalten hatten und sich kompetent engagierten. Seit den Wahlen 2008 entwickelte sich eine konstruktive Zusammenarbeit des kleinen Teams über Parteigrenzen hinweg, das nun Ralf Jäkel sein Vertrauen aussprach – eine Verpflichtung für ihn und ein gutes Beispiel für andere, den Wählerwillen zu respektieren.

**Zentrum Ost braucht seine Kaufhalle**

Nach den Problemen am Schlaatz ist jetzt bekannt geworden, dass auch in Zentrum Ost die Schließung der REWE-Kaufhalle droht. Nach den Planungen soll dies Ende September geschehen. Das hat insbesondere unter den älteren Bewohnern von Zentrum Ost zu massivem Protest geführt, der in einer vom Stadtverordneten Herbert Schlomm organisierten Veranstaltung in der Seni-

orenbegegnungsstätte zum Ausdruck gebracht wurde. Etwa 60 Seniorinnen und Senioren forderten den Erhalt der Kaufhalle oder eine andere Einkaufseinrichtung im Wohngebietszentrum. Fakt ist, dass ohne die Kaufhalle eine Verödung des mit vielen Fördermitteln gestalteten Platzes und eine Verschlechterung der Lebensqualität eintreten würden. Deshalb unterstütze ich den Protest

der Bewohner und setze mich dafür ein, dass die Stadt im Gespräch mit REWE und anderen möglichen Akteuren eine tragfähige Lösung findet. Während REWE mit einem Vertreter meiner Einladung zu der Veranstaltung gefolgt war, sah sich die Stadtverwaltung außerstande, jemanden zu schicken. Die Teilnehmer überreichten mir eine Vielzahl von Unterschriften, die bereits für den Erhalt

der Halle gesammelt wurden, und sprachen eine Einladung an den Oberbürgermeister aus, die ich gern übermittle. Ziel muss es sein, die Kaufhalle so lange offen zu halten, bis eine gegebenenfalls andere tragfähige Lösung, z. B. eine mehrgeschossige Wohnbebauung mit einer neuen Verkaufseinrichtung im Erdgeschoss, gefunden ist.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

**Seeufer: Groß Glienicker Appell**

Im Frühjahr 1990, noch vor dem Abriss der Mauer, hat die Gemeindevertretung von Groß Glienicke begonnen, die Uferlandschaft des Groß Glienicker Sees als öffentliche Erholungslandschaft zu sichern. Die Uferzone wurde Landschaftsschutzgebiet, ein rechtskräftig verabschiedeter Bebauungsplan schreibt die Öffentlichkeit fest, Verhandlungen zum Kauf der Ufergrundstücke, insbesondere der ehemaligen Mauergrundstücke, wurden und werden geführt. Nach der Eingliederung unserer Gemeinde in die Landeshauptstadt Potsdam haben der Ortsbeirat und die Stadtverwaltung intensiv an der Sicherung der öffentlichen

Uferlandschaft weiter gearbeitet. Trotzdem bedroht jetzt eigenmächtiges Handeln einiger weniger Eigentümer von Ufergrundstücken den freien Zugang der Bürgerinnen und Bürger zum Seeufer. Mit großer Sorge beobachten wir, dass die Kommunen in Brandenburg kaum rechtliche Möglichkeiten haben, dagegen wirksame Maßnahmen zu ergreifen.

Groß Glienicke ist kein Einzelfall. Zunehmend bedrohen Einzelinteressen einiger weniger Privateigentümer die Öffentlichkeit der Seeufer. **Wir appellieren daher an die brandenburgische Landesregierung und den Ministerpräsidenten**

**Matthias Platzeck, die (seit 2004 spürbar verschlechterte) Gesetzeslage im Sinne der Gemeinden und ihrer Bürgerinnen und Bürger rasch zu verbessern.** Ein Konflikt wie jetzt am Groß Glienicker See ist ein Testfall für die brandenburgische Landesverfassung. „Land, Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, der Allgemeinheit den Zugang zur Natur, insbesondere zu Bergen, Wäldern, Seen und Flüssen ... freizuhalten und gegebenenfalls zu eröffnen“, gebietet Artikel 40 Absatz 3 unserer Landesverfassung. Geben Sie den Kommunen die rechtlichen Möglichkeiten, diesen Verfassungsauftrag zu erfüllen!

**Die eigenmächtige Sperrung des Uferweges durch zwei Privateigentümer am Groß Glienicker See ist nun eine juristische, im Kern aber eine politische und gesellschaftliche Herausforderung.** Die Entwicklung der Uferlandschaft hat für unseren gesamten Ortsteil überragendes Interesse. Das haben Bürgerversammlungen und Bürgerhaushalt in den vergangenen Jahren gezeigt. Wir wissen, dass dies auch von Anliegern mit Privateigentum am See respektiert wird. Sie sind unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger und haben eine besondere Verantwortung für das Gemeinwohl in dieser für unseren Ortsteil zentralen Frage. **Daher appellieren wir an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam die Uferlandschaft Groß Glienicker See entwickeln!** Ortsbeirat und Stadtverwaltung werden zu diesem Zweck das Gespräch mit Ihnen suchen. Auch an die Eigentümer, die den Uferweg gesperrt haben, appellieren wir: Machen Sie den Weg frei, um wieder im Einvernehmen mit Ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu leben. Vordergründig, formal, führen Sie eine Auseinandersetzung mit der Stadtverwaltung – im Grunde jedoch mit der Bürgerschaft Ihres Ortsteils, die zu Recht beansprucht, nicht vom Seeufer ausgesperrt zu werden.

Uferlandschaft und See müssen gemäß dem Auftrag der brandenburgischen Landesverfassung unser Gemeingut sein, das wir miteinander gestalten sollten.

*Der Ortsbeirat von Groß Glienicke*



# Konsequent, ehrlich, kompetent und zuverlässig

Im Blick: Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL und Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der StVV Potsdam, Kandidat zur Landtagswahl

Seine politischen Gegner diffamieren ihn als „Hardliner“, seine Freunde kennen ihn als konsequent, ehrlich, kompetent und zuverlässig. Hans-Jürgen Scharfenberg strebt nicht nach Macht, er will Gerechtigkeit. Zuweilen kann er mächtig stur sein. Doch auch das zeichnet den Politiker aus, der sich bereits seit 1990 als Mitglied der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, seit 1995 als Oppositionsführer und seit 2004 als Vorsitzender des Innenausschusses des Landtages mit täglicher Kärnerarbeit einen Namen macht. Dafür wird er heimlich beneidet, respektiert und auch angefeindet. Er verachtet Intrigen und Intriganten. Kann damit nicht umgehen, reagiert intern enttäuscht und nach außen souverän.

Der am 9. April 1954 in Ansbach geborene Hans-Jürgen Scharfenberg hat eine nicht ungewöhnliche DDR-Biografie hinter sich. Abitur, Grundwehrdienst bei der NVA, Studium, Promotion, Arbeit mit Studenten, Parteiarbeit. Das Staatsrecht kapitalistischer Staaten hatte es ihm angetan, und so kannte er zu Wendezeiten zumindest theoretisch das innere System der Bundesrepublik. Und als die PDS in den Landtag einzog – damals mit 11,6 % - zögerte er nicht lange, als ihn Michael Schumann fragte, ob er für ihn auf dem Gebiet der Innen- und Rechtspolitik als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion arbeiten wolle.

Er war dabei, als die Verfassung des Landes Brandenburg ausgearbeitet und mit Volksentscheid angenommen wurde, beschäftigte sich mit Problemen der Rückübertragung, des Aufbaus der Polizei, der Gemeindegebietsreform und der Kommunalfinanzierung. Seit 2004 ist er selbst Abgeordneter des Landtages.

Die auf dem „Berg“ gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse helfen ihm als bekennenden Stadt- und Landespolitiker, vor Ort Politik für die Bürgerinnen und Bürger zu machen. In der Stadtverordnetenversammlung steht er von Anfang an für die gleichmäßige Entwicklung aller Stadtteile. Bei aller Schwärmerei der Mehrheiten für die Wiederherstellung der Potsdamer Mitte lenkt er das Augenmerk immer wieder auf die Plattenbaugebiete und die neuen Ortsteile. Bezahlbarer Wohnraum in einem angenehmen Wohnumfeld mit Ki-



Unterschriften für das Griebnitzseeufer – Scharfenberg und Anita Tack am Info-Stand.

tas, Schulen, Bürgertreffs und Jugendfreizeiteinrichtungen ist sein Credo.

Potsdamer Mitte dafür eintrat, dass die Stadtverordnetenversammlung neben der Baufeld-

ben. Doch das wird ihnen ebenso wenig gelingen wie die Vermarktung der Porta-Ansiedlung

für den Oberbürgermeister, Scharfenbergs und die Fragen seiner Fraktion in jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beantworten zu müssen. Deshalb hat die Mehrheit der StVV beschlossen, dass die Fragestunde vor Beginn der Sitzung stattfinden und nicht mehr Bestandteil der Sitzung sein soll.

Ein Zeichen setzte Scharfenberg 2002, als er um 122 Stimmen das Amt des Oberbürgermeisters verfehlte.

Seit 2004 ist er Mitglied des Landtages und Vorsitzender des Innenausschusses. Und was sagt die Familie dazu? Sie stärkt ihm den Rücken. Seit 35 Jahren verheiratet und Vater von drei Kindern, ist es nicht immer leicht, Engagement im Land und in der Stadt und Familie unter einen Hut zu bekommen. Doch ihm ist es geglückt. Da sich seine Frau, Lehrerin für Mathematik und Physik, und auch seine Kinder für Politik interessieren, finden sie immer wieder etwas Zeit für gemeinsame Stunden. Ach ja, zudem ist er Kuratoriumssprecher und Vorsitzender der Abteilung Volleyball beim SC Potsdam und erholt sich beim Singen und Fitnessstraining.

[www.scharfenberg-fuer-potsdam.de](http://www.scharfenberg-fuer-potsdam.de)



Mit der Porta-Ansiedlung hat er Zeichen gesetzt.

Er steht für den Erhalt des Treffpunktes Freizeit und für langes gemeinsames Lernen in sanierten Kitas und Schulen. Und so kam es nicht von ungefähr, dass er nach der von seiner Fraktion durchgesetzten Bürgerbefragung zum Standort des neuen Landtages und der mehrheitlichen Entscheidung für die

freimachung für den Landtagsbau u. a. beschloss, die Kita- und Schulsanierung, die Sanierung des Alten Rathauses und der Bibliothek sowie die langfristige Sicherung der Eigenmittel der Stadt für die Neubaugebiete zu realisieren.

Diesen Erfolg wollen sich nun andere auf die Fahnen schrei-

oder die Verhinderung solch gigantischer, Steuergelder verschlingender Großprojekte, wie das Niemeyerbad oder das Thema „Freie Uferwege“.

Sein Name ist in Potsdam verbunden mit dem Erhalt von Garagen und von Kleingärten. Und auch für die Transparenz der Rathauspolitik. Es ist unbequem

# Bilanz und Ausblick

Im Gespräch: Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

**Was konnten Sie in den vergangenen fünf Jahren für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt erreichen?**

HJS: Zunächst einmal muss ich sagen, dass ich in der Stadt Vorsitzender einer starken Fraktion bin, die an einem Strang zieht. Alleine hätte keiner von uns das erreicht, was heute zu Buche schlägt. Und das Agieren meiner Landtagsfraktion hat das Übrige getan. Der Gestalt annehmende Campus Am Stern, die Beseitigung der Branche in Drewitz mit der Porta-Ansiedlung, die voranschreitende Kita- und Schulsanierung, die Entwicklung des RAW-Geländes mit Wohnbebauung und Ansiedlung von produzierendem Gewerbe, die zielgerichtete Gestaltung der Bürgerkommune mit Bürgerhaushalt, Bürgerbefragung und Bürgerbegehren, die Gestaltung der Bürgertreffs in der Waldstadt und Am Stern, die Entwicklung der Speicherstadt. All das sind Ergebnisse, die das Leben in Potsdam für alle EinwohnerInnen lebenswerter macht.

**Im Landtagswahlkampf 2004 hatte Ihr Gegenkandidat Matthias Platzeck (SPD) zugesagt, dass der Offline-Klub im Kirchsteigfeld neu gebaut werde...**

HJS: Ich auch. Matthias Platzeck

hatte dann mit der Stadtentwicklung nur noch temporär zu tun. DIE LINKE hat sich in der StVV dafür stark gemacht, dass dieses Vorhaben tatsächlich umgesetzt wird. Vor kurzem konnte das Richtfest gefeiert werden. Ich werde weiter an diesem Vorhaben dran bleiben. Da sich damit nicht nur für den SC Potsdam, sondern auch für die umliegenden Wohngebiete die Bedingungen erheblich verbessern werden.

**Beim Thema kostenloses Schulschulessen für sozial benachteiligte Kinder scheint es aber auch bei den LINKEN unterschiedliche Meinungen zu geben...**

HJS: Dieser Eindruck soll vermittelt werden. Fakt ist jedoch, dass meine Fraktion grundsätzlich für das kostenlose Schulschulessen streitet. Kinder sollten aus meiner Sicht grundsätzlich eine warme Mahlzeit in der Schule erhalten. Und wenn dies im Familienbudget nicht drin ist, steht der Staat ohne bürokratische Hürden in der Pflicht, ihnen ein solches zu geben.

**Warum engagieren Sie sich für Jugend- und Jugendsozialarbeit?**

HJS: Das ist wohl meiner Sozialisierung geschuldet. Ich bin der Auffassung, dass Jugendliche

gerade in einer reichen Stadt wie Potsdam ihre Oasen haben müssen, in denen sie sich ausprobieren, sinnvoll ihre Freizeit gestalten können. Ich finde es falsch, die Jugendklubs aus der Innenstadt zu vertreiben. Die alternativlose Schließung von S 13 und Spartakus war falsch. Mit dem von mir in die Diskussion gebrachten Projekt „Freiland“ kann etwas erreicht werden, was Jugendkultur auch in Potsdam fördert. Auch wenn z. B. Vertreter der SPD meinen, dass Jugendarbeit etwas anderes sein müsste. Ich stehe zu „Freiland“ und vertraue den Jugendlichen, dass sie sich dort ihre Oase schaffen werden.

**2004 wollten Sie Potsdam zur Kulturhauptstadt Europas machen...**

HJS: Ja, das ist uns leider nicht gelungen. Aber das darf uns nicht daran hindern, die Kultur in der Stadt in all ihren Bestandteilen zu fördern. Ich bin froh darüber, dass das Hans-Otto-Theater an seinem neuen Standort gut angenommen wird, dennoch bleibt viel zu tun. Um auch die freien Kulturträger, die das Angebot insgesamt abrunden, entsprechend zu fördern.

**Auch das Projekt „Wissenschafsstadt“ ist gescheitert...**

HJS: Richtig, aber Potsdam ist nun mal eine Stadt der Wissenschaft. Uni, Max Planck, Hasso Plattner u. v. a. machen sie dazu.



Der Nette: Gratulation zum Frauentag

Ich stehe weiterhin für dieses Thema und werde mich weiter dafür einsetzen, dass Potsdam eine Stadt der Wissenschaft und der Studenten wird.

**Wohnen in Potsdam ist und wird immer teurer...**

HJS: Das ist richtig. Potsdam wird auch immer begehrt als Lebensmittelpunkt. Dennoch stehe ich auf dem Standpunkt, dass wir bezahlbaren Wohnraum in guter Qualität brauchen. Dafür ist eine Veränderung der Wohnungsbauförderung nötig, die ich im Landtag erreichen will.

**Sanierte Kitas und Schulen sind das eine. Bedarfsgerechte Bereitstellung in guter Qualität das andere...**

HJS: Wir haben in Potsdam ein

großes Angebot an Kitaplätzen. Dennoch reicht das nicht aus. Ich bin für ein bedarfsdeckendes Angebot an Kitaplätzen entsprechend unserer Landesverfassung und für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels. Solange das Land hier keine entsprechenden Lösungen findet, muss die Stadt insbesondere in sozialen Schwerpunkten eintreten. Im Übrigen bin ich für die Gesamt- und Ganztagschule und gegen sektengeführte Jungengymnasien.

**Was steht auf Ihrer Agenda?**

HJS: Unbedingt die Umsetzung des „Freiland“-Konzeptes, dann aber auch die Versorgung in den Wohngebieten, wie der Erhalt des Einkaufsangebots in Zentrum Ost nach der REWE-Schließung. Ich setze mich für die Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg ein, weil ich es abenteuerlich finde, dass der Oberbürgermeister dort gehobene Wohnbebauung realisieren und im Bornstedter Feld die rote Zahlen schreibende Biosphäre zum Freizeitbad umfunktionieren will. Dort droht dann zudem eine Rückzahlung von Fördermitteln, die wir uns als Stadt nicht leisten sollten. Natürlich bleiben der Kita-Betreuungsschlüssel auf meinem Zettel und die Einrichtung eines Funktionsgebäudes für Fortuna Babelsberg.

Ich könnte noch den Radweg Schlaatz-Stern anführen, das Mehrzweckgebäude für den Campus Am Stern, die Kaufhalle Schilfhof; die Realisierung der Stadtteilschule in Drewitz, die freien Uferwege rund um Potsdamer Gewässer, die Sanierung oder Wiederherstellung des Stadtkanals ohne städtische Mittel und vieles andere. Sie können gewiss sein, dass uns noch viel mehr einfällt, um Potsdam für seine BewohnerInnen, für Besucher und Touristen noch attraktiver zu gestalten.



Der Sportsmann: Im Boot der LINKEN.

## Stadt- und Landespolitik wirkungsvoll verknüpfen

Im Gespräch: Anita Tack, MdL, Präsidentin der Landesverkehrswacht, Stadtverordnete und Kandidatin für den Landtag

Die diplomierte Ingenieurin für Städtebau und Regionalplanung, Anita Tack, ist seit 1994 Mitglied des Landtages Brandenburg.

Als verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion hat sie sich über die Landesgrenzen hinaus einen Namen gemacht, streitet für den öffentlichen Personen- und Schienennahverkehr und gegen überdimensionierten Havelausbau und andere Verkehrs-

großprojekte, und als Präsidentin der Landesverkehrswacht kümmert sie sich um die Sicherheit im Straßenverkehr. Seit 2008 ist sie Stadtverordnete in Potsdam und Vorsitzende des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen.

PaS sprach mit der Potsdamerin über ihre Beweggründe, erneut für den Landtag zu kandidieren und den Potsdamer Wahlkreis 21 zu repräsentieren.

setzt worden. Deshalb richtet sich mein Hauptaugenmerk heute darauf, dass am Bau des Flughafens einheimische Unternehmen beteiligt sind, dass dort ordentliche Löhne gezahlt werden und dass der Anwohnerschutz gesichert wird – zum Beispiel durch die Einhaltung des Nachtflugverbotes. Die Milliardenfinanzierung des BBI durch die Steuerzahler braucht durch DIE LINKE eine starke Kontrolle.

### Kommen wir nun auf Ihr ehrenamtliches Engagement in der Landesverkehrswacht.

AT: Das war und ist eine große, aber auch beglückende Herausforderung für mich. Hier geht es vor allem um mehr Verkehrssicherheit auf Brandenburgs Straßen. Dabei setze ich auf eine gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen der Polizei, in Kitas, mit Schulen und Eltern, Vereinen und Verbänden und mit den Kommunalverwaltungen. Es ist für mich praktische linke Politik. Und selbst im westdeutsch dominierten Bundesvorstand der Deutschen Verkehrswacht bleibt das nicht ohne Eindruck.

Weise für linke Politik zu werben. Ich bin zuversichtlich, dass meine Vorschläge zur Verkehrs- und Stadtplanung, die immer auch Vorschläge zur Umweltpolitik sind, denn öffentlicher Nahverkehr und das Fahrrad sind nun einmal umweltfreundlicher als das Auto – dass also meine Vorschläge auch bei den Dazugekommenen Gehör und Zustimmung finden werden. Ich stehe für freie Uferzugänge zu den Potsdamer Gewässern – egal ob am Griebnitzsee, in der Speicherstadt, in Fahrland oder Groß Glienicke. Dem Verkehrsstau ist, wie wir täglich erleben, mit Losungen, wie sie die SPD vor der Kommunalwahl 2008 plakatiert hat, nicht zu begegnen. Wir brauchen bessere Planung, bessere Koordinierung. Und ich stehe für eine wirkungsvolle Verknüpfung von Stadt- und Landespolitik, damit soviel wie möglich an Verbesserungen von Lebensqualität erreicht werden kann. Ich will, dass Potsdam eine Stadt für alle ist – ohne Ausgrenzung und Benachteiligung. Potsdams Mitte muss allen gehören, darf nicht zu einem Museum für Touristen werden! Wenn Geld für ein Landtagschloss da ist, muss erst recht Geld für die Bildung, für Schulen und Kitas, für mehr Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher eingesetzt werden. Und: In der Stadt müssen auch Bauten aus der 40-jährigen DDR-Geschichte ihren Platz haben.

[www.anita-tack.de](http://www.anita-tack.de)

### Sie sind Mitinitiatorin des Leitbildes „Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg“. Worum geht es dabei?

AT: Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes. Niemand darf abgekoppelt werden. Eine Konzeption, die ein starkes Zentrum will und dafür schwache Ränder in Kauf nimmt, lehnen wir ab. Wer von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit redet, muss auch für zuverlässige öffentliche Leistungen einstehen. Das tun wir.

### In diesem Sinne streiten Sie seit Jahren als verkehrspolitische Sprecherin für die Sicherung von öffentlicher Mobilität für alle. Was bedeutet dies konkret?

AT: Wir wollen den Nahverkehr mit Bussen und Bahnen und den Radverkehr stärken. Dies ist



Anita Tack: Mit Erfahrung und neuem Schwung.

Am S-Bahn-Chaos in Berlin sehen wir übrigens gerade mit aller Deutlichkeit, wohin es mit den öffentlichen Leistungen führt, wenn die DB AG immer mehr Geld aus ihrer Tochter zieht. Was für ein Debakel! Ich habe von Beginn an dagegen

und am 1. September 2008 ein „Mobilitätsticket“ einführen. Ich werde nun dafür streiten, dass man mit diesem Ticket auch nach Berlin fahren kann und dass es das Ticket nicht nur monats-, sondern auch tagesweise gibt.

Die Mobilitätsfrage wird in den nächsten Jahren noch einen größeren politischen Stellenwert erhalten, denn Mobilität ist entscheidend für die Lebensqualität. Sie waren jahrelang energische Kritikerin des Großflughafens BBI.

Wie sehen Sie dies heute?

AT: Das Projekt ist von den politischen Mehrheiten durchge-

Rechnen Sie sich Chancen aus, diesmal den Wahlkreis 21 zu gewinnen und Ihre stärkste Kontrahentin, Clara Geywitz von der SPD, auf die Plätze zu verweisen?

AT: Der Wahlkreis 21 ist kein einfacher. Rund ein Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner sind erst in jüngster Zeit zugezogen. Da heißt es, auf neue



bitter notwendig in unserem Flächenland. Die SPD-CDU-Regierung hat hier an vielen Stellen versagt. Sie hat ganze Landstriche abgekoppelt und nimmt hin, dass sich Regionen immer mehr entvölkern. Wir widersetzen uns einer solchen Entwicklung. Auf meinem Arbeitsgebiet heißt das: Wir wollen sozial gerechte Fahrpreise, eine gute Bezahlung der Beschäftigten, und wir wollen im ganzen Land einschließlich Potsdam einen sicheren und elternbeitragsfreien Schülerverkehr. Das muss eine Gesellschaft, der die Zukunft wichtig ist, leisten können: dass sie für die Fahrten aller Kinder zur Schule aufkommt!

gekämpft, dass die Bahn an die Börse geht. Das Chaos in Berlin ist die Folge dieses widersinnigen Vorhabens. Profit statt Beförderungsleistung – das kann nicht gut gehen.

### Was haben Sie in der zu Ende gehenden Legislaturperiode des Landtages erreicht, auf das Sie besonders stolz sind?

AT: Das Sozialticket in Brandenburg. Gemeinsam mit einer Volksinitiative, an der sich Gewerkschaften, der Arbeitslosenverband, die Volkssolidarität, Kirchen, Vereine und Verbände beteiligt haben, haben wir dieses Ticket erkämpft. Die Landesregierung musste diesem öffentlichen Druck nachgeben







## Ehrenamtlich mit Leidenschaft

**Rolf Kutzmütz, Direktkandidat für den Bundestag, Vizepräsident bei Tribüne Potsdam**

Wenn die Sprache auf den Fußball – besser auf den Frauenfußball und „seinen“ Verein, den 1. FFC Turbine Potsdam – kommt, beginnen seine Augen zu leuchten und er erzählt. Und er kann viel erzählen, denn Neuigkeiten gibt es fast jeden Tag.

Kürzlich stand ich neben ihm, als er von einem Mann angesprochen wurde, der frozelte: „Vizepräsident bei Turbine müsste man sein, da ist man immer in der Nähe der Spielerinnen und kann sich mit ihnen freuen, sie umarmen, während unsereiner auf der Tribüne nicht in ihre Nähe kommt.“

Darauf Rolf: „Haben Sie schon mal erlebt – bei den Männern mein' ich – dass auch nur ein Zuschauer nach dem Spiel die Meisterschale auch nur anfassen darf. Bei uns kamen die Zuschauer aufs Spielfeld, haben selbst ein Spalier gebildet, damit die Meisterehrung durchgeführt werden konnte und haben sich mit Spielerinnen und Meisterschale fotografieren lassen. Übrigens stehe ich nicht nur auf dem Rasen, wenn es einen Sieg zu bejubeln gilt. Ich war auch auf dem Rasen im Olympiastadion, klatschnass und fassungslos und kaum in der Lage auch nur ein Wort des

Trostes oder der Ermutigung zu sagen – das alles gehört dazu.“

Und noch mehr. Ich beobachtete ihn bei Heimspielen im Karl-Liebknecht-Stadion.

Mehr als 2 Stunden bevor das Spiel angepfiffen wird, ist er im

Stadion, holt die Programme vom Stand, verteilt sie in den beiden Kabinen und an die Schiedsrichterinnen. Dann sieht man ihn im VIP-Raum beim Eindecken der Tische und der Vorbereitung, bevor die ers-

ten Gäste kommen. Dazwischen immer ein kurzes Gespräch; mal mit denen, die ihre Versorgungsstände aufbauen, oder den Frauen an der Kasse oder jemandem, der nicht auf den Parkplatz fahren durfte (weil er nicht die richtige Karte hatte) und deshalb einige Minuten durch die Nebenstraßen fahren musste. Zwischendurch kurze, freundschaftliche Begrüßung der eintreffenden Spielerinnen. Und dann ist auch schon der Bus mit dem Gästeteam da, und die ersten Sponsoren wollen wissen, was es denn Neues in und um die Mannschaft herum gibt...

Einem Ritual gleich setzt er sich kurz vor dem Spiel zu einem (mir unbekanntem älteren Herrn) – d.h., er sitzt auf der Stufe neben ihm, und sie unterhalten sich. Der Herr, den Rolf immer mit „Herr Professor“ anspricht, ist ein treuer Anhänger des Vereins. Die beiden kennen sich aus einer Zeit, da wurde in der Sporthalle abends und nachts Fußball gespielt (Ballnacht- hieß das damals), und der „Professor“ war der Erfinder, denn die Halle wurde tagsüber von vielen anderen Sportlern genutzt.

Während des Spiels kommt Rolf nicht zur Ruhe. Ständig ist

er in Bewegung und verfolgt doch das Spiel mit Aufmerksamkeit, was ich auch daran merke, das er – wenn ich ihn frage – die entsprechende Situation erklären kann. Und emotional kann er sein, hier im Stadion, was ich sonst von ihm kaum kenne. Ruhig, ausgeglichen, sachlich – das wäre meine Beschreibung von Rolf, wenn ich nicht auch wüsste, wie er mitleiden und sich mitfreuen kann, wenn es um seinen Verein geht.

Es war nach einem völlig misslungenen Pokalspiel in Hamburg, als der Trainer, Bernd Schröder, ihn fragte, ob er sich vorstellen könnte, künftig aktiv im Verein mitzuarbeiten. Rolf konnte es. Seit diesem Abend ist er im Ehrenamt für den 1. FFC unterwegs.

Jetzt ist in der Bundesliga Pause; er macht Urlaub. Und doch ruft er schon wieder an und schreibt Briefe an Unternehmen. Das neue Jahresprogrammheft soll vorbereitet, Werbepartner müssen gefunden werden.

Nach der Saison ist vor der Saison – so ähnlich war das doch. Und ein Verein lebt durch den Teamgeist, und einer der guten „Geister“ ist Rolf Kutzmütz. Heidi Hustig



Jubel über den errungenen Meistertitel 2009

## Sozialistische Treue?

Wenn aus der LINKEN Kritik an der DDR geäußert wird, so löst das schnell heftige Empörung bei manchen alten Genossen aus. Die Kritik wird als Treubruch empfunden. Dahinter steckt wohl die Idee, die LINKE habe ganz vorwiegend die Aufgabe, DDR-Erinnerung und DDR-Biographien vor Anfeindungen aus dem bürgerlichen Lager zu schützen. Das ist nicht einmal ganz falsch. Denn das DDR-Bild dieses Lagers ist unausgewogen und hat mitunter nichts mit der geschichtlichen Wirklichkeit zu tun. Die „Kritik“ dieses Lagers hat zudem unlautere Motive: Wem es gelingt, den DDR-Sozialismus übertrieben finster zu zeichnen, der senkt zugleich die Chancen, dass sich Sozialisten heute noch Gehör verschaffen können und Demokratischer Sozialismus in der Zukunft noch für ein erstrebenswertes gesellschaftliches Ziel gehalten wird.

Bei dieser Sachlage fällt es einigen sehr schwer, zu verstehen, warum ausgerechnet von Brandenburger LINKEN in einem Aufruf in dieser Zeitung eine kritischere DDR-Aufarbeitung verlangt wurde. Dabei ist das Anliegen im Grunde ganz leicht zu verstehen. Die Motive liegen genau anders herum, als

die oben für das bürgerliche Lager geschilderten. Gerade weil wir als LINKE die Utopie einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft weiter verwirklichen wollen, müssen wir zunächst verstehen, was bei dem ersten Versuch, Sozialismus auf deutschem Boden zu errichten, schief gelaufen ist. Wir müssen über Fehler, Missverständnisse, Versäumnisse und Verbrechen offen sprechen können. Das ist kein Treubruch. Das ist die Wahrnehmung einer echten Pflicht. Was für Sozialisten wären wir, wenn wir den Schutz unserer Biographien zwischen Datsche und Lada höher halten würden, als die Chancen nachfolgender Generationen endlich befreit von Ausbeutung zu leben?

Man hat uns gesagt, unsere Thesen seien nicht ausgereift. Doch wir haben in unserem Papier auch keine endgültige Antwort geben, sondern eine Diskussion in Gang setzen wollen. Man hat uns mitgeteilt, wir stellten Fragen, die längst geklärt wären: Die DDR sei an den historischen Rahmenbedingungen, insbesondere am Wettüsten gescheitert. Wir meinen, dass diese Klärung keine ist, weil völlig unklar bleibt, wieso dann gerade der Osten den Kal-

ten Krieg verlor. Man hat uns geschrieben, wir wären keine echten Marxisten. Nein, gläubiger Marxist ist keiner von uns. Ein Mensch, der immer Recht hätte, ist kein Philosoph, sondern ein Gott. Vom Menschen Marx aber wissen wir, dass ihn die Frage umtrieb, welche Fehler, welche Missverständnisse es beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft geben könnten.

Marx warnte eindringlich vor der Idee, Sozialismus bedeute, das Privateigentum an den Produktionsmitteln einfach in Staatseigentum zu überführen. Diese Gesellschaft sei nichts anderes als Staatskapitalismus, „eine Gemeinschaft der Arbeit“ mit „Gleichheit des Salärs, den das gemeinschaftliche Kapital, die Gemeinschaft als der allgemeine Kapitalist, auszahlt.“<sup>1</sup> Diese Warnung vor einem ineffizienten ökonomischen Aufbau ist in der DDR gedruckt und verbreitet worden. Auch die Anmerkungen zum Erfurter Programm der SPD waren selbstverständlich frei verkäuflich. In ihnen zeichnet Engels ein Bild der parlamentarischen Demokratie, das mit den sozialistischen (?) Volksdemokratien rein gar nichts gemein hatte: „Man kann sich vorstellen, die alte

Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volks hinter sich hat: in demokratischen Republiken (...)“<sup>2</sup>

Gerade die Marxisten unter unseren Kritikern könnten einen wertvollen Beitrag leisten zur kritischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Sie sollten einsehen, dass Erfolg und Misserfolg einer Ideologie sich im Ökonomischen erweisen. Sie besitzen daher das philosophische Handwerkzeug, um zu zeigen, dass die DDR weder am Westen gescheitert ist, noch 1989 an einem „konterrevolutionären Putsch“. Gescheitert ist der erste deutsche sozialisti-

sche Versuch vermutlich nur an einem: an sich selbst. Eine ehrliche Analyse dieses Scheiterns ist unsere Aufgabe heute. Wir wären denkbar schlecht beraten, diese Aufgabe denen zu überlassen, die schon das Ziel einer gerechten Gesellschaft rundheraus ablehnen. Wir müssen unsere eigenen Aufgaben schon selbst erfüllen. Auch wenn es weh tut. Sonst tut es irgendwann noch mehr weh.

Paul Pikus

<sup>1</sup> vgl. MEW Ergänzungsband, 1. Teil, S.465-588, Dietz Verlag, Berlin (DDR), 1968, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, gesamtes 3. Manuskript: „Privateigentum und Kommunismus“

<sup>2</sup> F. Engels, Kritik des SPD-Programms von 1891, MEW 22, 234.

## Die DDR gerecht sehen!

Die DDR nicht von ihrem Ende, sondern von ihrem Anfang her sehen. Es begann mit der klaren Wahlkampfaußsage der Kommunisten Anfang der 30er Jahre: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Genauso kam es, und es kam noch schlimmer, als Programm nachzulesen in „Mein Kampf“. Hätten die Deutschen das Buch nur gelesen – damals praktisch vorhanden in jedem Haushalt –, niemand hätte sich mit Nichtwissen herausreden können. Nach Auschwitz, nach Menschheitsverbrechen ohnegleichen stand die DDR und eben nicht die Bundesrepublik für einen radikalen politischen Neubeginn – ein hoher Anspruch. Das Leitungspersonal kam von außen, aus dem Exil oder hatte Gefängnis/KZ überlebt, war oft ohne richtige berufliche Ausbildung, auf neue Aufgaben unzulänglich vorbereitet. Dies unterschied schon einmal grundlegend beide deutsche Staaten: nach einer kurzen Schamfrist machte das Personal im Westen einfach weiter, Offi-

ziere, Staatsanwälte, Hochschullehrer, Verwaltungsbeamte, Richter, Ärzte usw. – kurz alle, genauer die allermeisten, aus den Facheliten, waren urplötzlich Demokraten und leisteten gute Aufbauarbeit, aber schwiegen betreten über die Zeit davor. Zu einem antifaschistischen Grundkonsens wie in Italien, Spanien oder Frankreich kam es nicht. Aber zum Antikommunismus reichte es allemal, dieser Staatsreligion mit Sonderparagrafen und politischen Urteilen bei Kommunisten. Der verordnete Antifaschismus in der DDR war viel zu laut und manchmal nur noch Pose. Michael Schumann sagte mir leise weise, „besser ein verordneter Antifaschismus als gar kein Antifaschismus“. Trotz allem, der Schwur von Buchenwald war in der DDR kein leeres Wort, sondern Auftrag.

Rechtsstaatlichkeit und formale Demokratie waren von Anfang an mangelhaft in der DDR, und dann gab es dieses permanente Misstrauen von oben. Alles wissen wollen, aber nichts

wirklich verstehen. In einigen Dingen war auf die DDR Verlass – kein Angriffskrieg, kein Völkermord, keine Mitfinanzierung von fremden Angriffskriegen. Und dann eine Bildungspolitik, die 1959 ziemlich rabiat Arbeiter- und Bauernkinder bevorzugte und Abiturienten wie mich aus dem Besitzbürgertum auch schon mal bei gleichen Leistungen vom Studium ausschloss. Wie ich dann 1960 nach Westberlin ging, dort studieren konnte, von den Sicherheitsbehörden in Ost und West sehr genau untersucht wurde, mir eine ganze Menge Ärger einhandelte – das ist eine eigene kleine Geschichte.

Das Ende der DDR war jämmerlich – keine Frage. Wie aber die SED ihre absolute Macht abgab und als PDS mit anderen Parteien teilte, wie Militär und Geheimdienst ohne Gewalt abgeschafft werden konnten, wie das mit friedlichen Mitteln vor sich ging, das hatte Stil und verdient Hochachtung. Im westdeutschen Boulevard wurde doch schon gehetzt und Ver-



ständnis gezeigt für den Fall, dass der Volkszorn sich artikuliert und – na ja, es hätte auch jugoslawisch kommen können. Dem unbekanntem NVA-General ist zu danken, der besonnen und wohl informiert seine Einheit abrüstete und einer ungewissen Zukunft ohne Ehre entgegen sah.

Es wird auch gern erzählt, die Ostdeutschen hätten nach zwei Diktaturen doch einen ziemlichen demokratischen Nachholbedarf. Dabei war es so, dass den Westdeutschen die Demokratie

von den Siegern aufgezwungen wurde und die Ostdeutschen sich ihre Demokratie selbst ertrötzt haben.

Als Nachsatz, an Walter Ruge gewandt: Es stimmt, Callgirls gab es nicht in der DDR, wohl aber Frauen in den Hallen der großen Devisenhotels, die durchaus ihre körperlichen Vorzüge zeigten und mehr noch taten, gegen Westgeld versteht sich, aber sicher behütet in der Aufsicht einer mächtigen Organisation.

Hans-Otto Träger

## Jugendolympiade Potsdam-Luzern

Wieder werden Jugendliche aus Potsdam und Luzern im Rahmen der Städtepartnerschaft sich zu einer Jugendolympiade treffen – nun schon die 2., diesmal in Potsdam vom 18.- 21.09.2009. An den sportlichen Wettbewerben werden je 40 Schüler beider Städte im Alter zwischen 14 und 17 Jahren teilnehmen.

An drei Veranstaltungstagen finden unterschiedliche sportlich-kulturelle Events vom Drachenbootrennen über einen Besuch des Filmparks Babelsberg bis hin zu einem Straßenfußballturnier statt.

Gemeinsame Abende werden für Tanz, Auszeichnungen und das

Kennenlernen der nationalen Gepflogenheiten genutzt.

Die Jugend-Olympiade wird in enger Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis Potsdam – Luzern und dem Leo-Club Potsdam organisiert.

Die Veranstaltung der Stadtsportjugend Potsdam wird unterstützt und gefördert durch die Stadt Potsdam, die Barmer, die Stiftung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse und das Land Brandenburg. Näheres erfahren Interessierte bei der Stadtsportjugend Potsdam unter 0331/ 95 10 706.

(Quelle: [www.stadtsportjugend-potsdam.de](http://www.stadtsportjugend-potsdam.de))



## „Rote Karte“ für Abzocker – Verbraucherzentrale fordert stärkeren Schutz

In aller Öffentlichkeit – mitten in den Potsdamer Bahnhofspassagen – bilanzierte die Verbraucherzentrale Brandenburg am 9. Juli aktuelle Sorgen der Brandenburgerinnen und Brandenburger und ihre Unterstützungsangebote. Jeder 20. Brandenburger nahm sie im vergangenen Jahr in Anspruch. Dominierten im Laufe des Jahres 2008 Fragen zur Abzocke durch Werbeanrufe, zu angeblichen Internetabos, Datenklau oder unklaren Energiepreisen, so nahmen ab Herbst Anfragen zu Risiken von Geldanlagen deutlich zu. Spitzenreiter waren Lehmann-Zertifikate und angebliche Steuersparimmobilien.

„Die Kuh ist noch nicht mal auf dem Weg vom Eis“, warnt Jochen Resch, Vorstandsvorsitzender der Verbraucherzentrale Brandenburg: „So lange Finanz-



berater an riskanten Anlagen mehr verdienen als an bedarfsgerechter Beratung, werden sie die Verbraucher als Geldanlage-Laien um ihre Ersparnisse bringen!“ Er verweist auf eine der-

zeit im Land Brandenburg wieder zunehmende Werbung für Schrottimobilien, die skrupellose Geschäftemacher Verbrauchern als angeblich sicheres Sparmodell unterjubeln. „Mit

den jüngst beschlossenen Dokumentationspflichten wollte die Bundesregierung die Verbraucher besser absichern“, räumt Resch ein, spitzt aber im nächsten Atemzug zu: „Tatsächlich liefert sie diese noch stärker den Geldanlage-Profis aus, die Verbrauchern weiterhin nicht bedarfsgerechte provisionsträchtige Produkte aufdrängen und sich dann mit Hilfe gut vorbereiteter Beratungsprotokolle sogar noch absichern werden.“ Dramatisch sei das auch deshalb, weil jeder Privathaushalt heute Verantwortung für seine Vorsorge übernehmen müsse und daher fast jeder Brandenburger betroffen sein könne.

Angesichts dieser Gesetzeslage sieht der Verbraucherschützer neben einer systematischen Verbraucherbildung von der Schule an nur einen Weg zur

Schadensvermeidung: Keine Unterschrift und keinen Vertragsabschluss ohne Prüfung! „Die meisten Verbraucher schließen solche Sparverträge nur ein oder zwei Mal im Leben ab, so dass sie nach psychologisch austarieren Beratungsgesprächen mit Anbietern eine Denkpause brauchen, um ein Angebot mit etwas Abstand sachlich bewerten zu können“, glaubt Resch. Noch besser sei unabhängiger Rat, wie ihn die Verbraucherzentrale biete. Sein Sofort-Tipp für normale Sparer: eher konventionelle Produkte wie ein Riesterbanksparkplan, Festgeld, Sparbriefe auf drei bis vier Jahre mit Zinsen zwischen drei und vier Prozent, die über den Einlagensicherungs fonds abgesichert sind. Vor allem aber rät er: Nie sofort unterschreiben – in Ruhe prüfen oder prüfen lassen!

# Diskussion zum Bürgerhaushalt 2010 hat am 7. Juli begonnen

Einbringung von Vorschlägen ab sofort möglich

Gut besucht war Anfang Juli die Auftaktveranstaltung zum Bürgerhaushalt 2010. Etwa 100 interessierte Bürgerinnen und Bürger fanden sich im Plenarsaal des Stadthauses ein, um sich zu informieren und bereits erste eigene Vorschläge einzubringen.

In den kommenden Monaten

sind nun alle Potsdamerinnen und Potsdamer dazu aufgerufen, Vorschläge zur Gestaltung der Finanzen der Stadt zu unterbreiten. Themenfelder des diesjährigen Bürgerhaushaltes sind: Öffentlicher Personenverkehr, Gemeindesteuern, Kulturförderung, Sportförderung, Bürgerhäuser und bürger-

schaftliches Engagement, Volkshochschule, Klimaschutz, Jugendarbeit, Wege und Plätze sowie Grünanlagen und Spielplätze. Im Rahmen der Diskussionsrunde der Veranstaltung wurde zusätzlich der Beteiligungsgegenstand „Gesundheitsschutz und -förderung“ aufgenommen, zu dem die Bürgerinnen und Bürger nun Vorschläge machen können. Oberbürgermeister Jann Jakobs verwies jedoch auf die eingeschränkten Einflussmöglichkeiten der Stadt auf diesem Gebiet der Gesundheitsvorsorge.

Neu ist in diesem Jahr auch, dass Vorschläge zu Einsparungen gesucht werden. Die Bürgerinnen und Bürger sind ebenfalls dazu aufgefordert, Ideen einzubringen, wie Geld eingespart und damit das geplante Defizit von 4,9 Millionen Euro verringert werden kann.

Zur Einbringung von Vorschlägen stehen wie im letzten



Jahr der Postweg, das Internet unter [www.potsdam.de/buergerhaushalt](http://www.potsdam.de/buergerhaushalt) sowie drei Bürgerversammlungen Ende September zur Verfügung. Erstmals besteht in diesem Jahr auch die Möglichkeit, ab dem 8. Juli telefonisch unter 0331 289-1120 Vorschläge abzugeben.

**Kontakt:**

Landeshauptstadt Potsdam  
Projektteam Bürgerhaushalt  
Friedrich-Ebert-Str. 79-81,  
14469 Potsdam

Telefon: 0331 289-1120,

Fax: 0331 289-841120

E-Mail: [Buergerkommune@Rathaus.Potsdam.de](mailto:Buergerkommune@Rathaus.Potsdam.de)



## Realisierung selbst in die Hände nehmen

Bundestagsabgeordneter Dr. Steffen Hultsch, DIE LINKE, auf Bürgerversammlung am Schlaatz

„Wenn man etwas wirklich erreichen will, dann muss man die Realisierung selbst in die Hand nehmen und die Verantwortung nicht weiter schieben an irgendwelche Behörden.“ Diese „Beschwörungsformel“ wiederholte der Bundestagsabgeordnete Dr. Steffen Hultsch (DIE LINKE) auf der Bürgerversammlung mehrmals. Anlässlich der Sommertour der Bundestagsfraktion DIE LINKE hatte Herr Reinsch, Leiter des Hauses der Generationen und Kulturen, als Gastgeber ca. 30 interessierte Bürgerinnen und Bürger, Mieterorganisationen und die ansässigen Wohnungsunternehmen eingeladen.

Themen wie z.B. die chaotische Straßenbeschilderung kamen zur Sprache, fehlende

fußläufig zu erreichende Einkaufsmöglichkeiten und fehlende Müllbehälter – Papierkörbe – an öffentlichen Plätzen.

Einen besonderen Platz nahm die Situation der Jugendlichen am Schlaatz ein, die sich an der REWE-Kaufhalle täglich zusammenfinden und den ganzen Tag über Krach machen. „Ja, wo sollen die auch hin?“, wurde gefragt. In diesem Zusammenhang wurde von mehreren Teilnehmern festgestellt, dass das Ordnungsamt selten präsent sei am Schlaatz.

Eine Vision von Dr. Hultsch ist die gemeinsame Entwicklung solidarisch ökonomischer Wirtschaftsformen. Die Teilnehmer des Treffens entwickelten dazu einen doch realisierbaren Vorschlag: ein Wohnungsbauun-

ternehmen will Wohnquartiere neu bauen. In die unterste Etage sollen kleine Ladeneinheiten integriert werden. Die Vision: Die Vermieter gestalten die Ladenmieten sozial verträglich und geben somit Hartz-IV-Empfängern, die von der PAGA unterstützt werden, die Möglichkeit, sich selbstständig zu machen und z. B. Knöpfe und Reißverschlüsse zu verkaufen. Zurzeit muss nämlich jeder, der diese Waren braucht, in die Stadt fahren. Besonders älteren Menschen am Schlaatz fiel das doch sehr schwer.

Aus der Klage mehrerer Teilnehmer über die Grünflächenpflege wurde folgende Vision entwickelt: Ein Modellprojekt „Grüner Schlaatz“. Die Pflege der Grünanlagen könnte dann

z.B. mehr nach ökologischen Aspekten erfolgen und weniger nach ökonomischen, und die Häuser könnten zu Null-Energie-Häusern umgebaut werden. Beides würde zur Senkung der Mietnebenkosten beitragen. Eine Mieterorganisation schlug vor, dass die Mieter selbst ihre Grünanlagen pflegen könnten und somit einerseits mehr die Ökologie ins Zentrum rückt und andererseits die Nebenkosten um ca. 800 € gesenkt werden könnten.

Zum solidarisch ökonomischen Umgang miteinander ist die Vision „Tauschringle“ schon entwickelt. Dabei tauschen Nachbarn Leistungen gegen Leistungen: Einer hilft beim Möbelschleppen und bekommt dafür Unterstützung beim Ein-

kaufen – ein mögliches Beispiel für die Realisierung von Tauschringle. Bei der Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft pbg helfen sich Mieter im anlaufenden Projekt „Nachbarschaftshilfe“ gegenseitig, die Erfordernisse des Alltags zu stemmen.

Dr. Hultsch versicherte, er werde die vorgebrachten Sorgen weiterleiten und an der Realisierung der entwickelten Visionen mittun.

Wichtig sei es, den Druck zu erhöhen und Verbündete zu finden.

Er – Dr. Steffen Hultsch, Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordneter – stelle sich mit seiner fachlichen Kompetenz und seinen Möglichkeiten gern in den Dienst der Realisierung.

### tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

**Dienstag, 11.08.2009, 14.30 Uhr:**

„Zwei Wazungu auf Abenteuerreise in Ostafrika“. Eine interessante Reise aus der Reihe „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahegebracht“ mit Dr. Rolf Rönz.

Zwei Rentner begaben sich mit Flugzeug, Bahn, Schiff und zu Fuß auf eine Abenteuerreise in Tansania.

Im ersten Teil sind wir zu Besuch bei wilden Schimpansen am Tanganyika-See.

Der zweite Teil erzählt von unseren Erlebnissen auf und am großen Grabenbruchsee und beim Reisen mit der Bahn in Tansania (am 08. September 2009).

Am Schluss nehmen wir Sie mit an die weißen Strände von Sansibar. \*Dahlweid

**Montag, 17.08.2009, 18.00 Uhr:**

Montagsdemo gegen Sozialabbau. Am Platz der Einheit am Deserteurdenkmal findet die Montagsdemo gegen Sozialabbau statt.

**Dienstag, 18.08.2009, 14.30 Uhr:**

„Wer vertritt uns im Land, im Bund und in Europa?“ Wie haben die Bürgerinnen und Bürger im „Zentrum-Ost“ für Europa gewählt? Welche Kandidaten bewerben sich

um ein Mandat für den Landtag bzw. für den Bundestag? Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter aus Zentrum-Ost, informiert. \*Dahlweid

**Mittwoch, 19.08.2009, 13.30 Uhr:**

„18, 20, Buben raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. \*Dahlweid

**Freitag, 21.08.2009, 16–18.00 Uhr:**

Wahlquartier: Diskussion mit Hans-Jürgen Scharfenberg zum Thema „Potsdam am Wasser, freie Uferwege“.

**Sonabend, 22.08.2009:**

20. Sommerfest der LINKEN  
Die LINKE Potsdam feiert am 22. August 2009 im neuen Lustgarten in Potsdam das 20. Sommerfest.

**Montag, 24.08.2009, 14.30 Uhr:**

„Potsdam ist mehr als Sanssouci“. Ein Spaziergang mit Karl Kreuz. Aus Wäldern und Seen entstand die Potsdamer Kulturlandschaft. Ein ganzer Landstrich wurde nach einem großen Plan umgestaltet. \*Dahlweid

**Mittwoch, 26.08.2009, 17–19.00 Uhr:**

Wahlquartier „Fahrgastgespräch“ mit Anita Tack zum Thema „Chaos bei der S-Bahn, wie weiter mit dem öffentlichen Personen- und Schienennahverkehr?“

**Dienstag, 01.09.2009:**

Wahlquartier: Weltfriedenstag „2 Tage im August“ Dokumentarfilm von Karl Gass mit anschließender Diskussion.

\*Dahlweid – Seirenenfreizeitstätte im Zentrum-Ost, Edisonallee 11